

Geschäftsordnung der Gemeinde Am Mellensee vom 18.02.2009

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee hat auf Grund § 28 Abs. 2 Ziffer 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S. 286), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 23. 09 2008 (GVBl. I S.2002, 207), in ihrer Sitzung am 18.02.2009 beschlossen.

Erster Abschnitt Gemeindevertretung

§ 1 Vorsitz

- (1) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung hat die Verhandlungen sachlich und unparteiisch zu leiten und sichert eine formal rechtliche fehlerfreie Beschlussfassung.
- (2) Der Vorsitzende bedient sich zur Erledigung des Geschäftsverkehrs des bei der Gemeinde eingerichteten Hauptamtes.

Geschäftsordnung der Gemeinde Am Mellensee vom

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee hat auf Grund § 28 Abs. 1 Ziffer 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I/07, Nr. 19, S.286), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. März 2013 (GVBl. I/13, Nr. 09), in ihrer Sitzung amnachfolgende Geschäftsordnung beschlossen:

(Eingearbeitet ist die erste Änderung – Beschluss-Nr. 78/07/2009 vom 22.04.2009 sowie die zweite Änderung – Beschluss 445/59/2013 vom 16.10.2013)

Erster Abschnitt Gemeindevertretung

§ 1 Vorsitz

- (1) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung hat die Verhandlungen sachlich und unparteiisch zu leiten und sichert eine formal rechtliche fehlerfreie Beschlussfassung.
- (2) Der Vorsitzende bedient sich zur Erledigung des Geschäftsverkehrs des bei der Gemeinde eingerichteten Hauptamtes.

§ 2

Einberufung der Gemeindevertretung

- (1) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung beruft mindestens alle drei Monate eine Sitzung der Gemeindevertretung ein. § 34 Abs. 2 BbgKVerf bleibt hiervon unberührt. Die Ladung muss den Mitgliedern mindestens sieben volle Tage vor dem Sitzungstag, der Tag der Absendung nicht mitgerechnet, zugehen. Die Ladefrist gilt als gewahrt, wenn die Ladung am 9. Tag vor der Sitzung zur Post gegeben worden ist.
- (2) Der schriftlichen Ladung sind außer der Tagesordnung etwaige Vorlagen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten und die Sitzungsniederschrift der letzten Sitzung beizufügen. Vorlagen können in Ausnahmefällen auch nachgereicht werden.
- (3) In besonders dringenden Fällen kann die Ladungsfrist auf drei Tage vor dem Sitzungstag abgekürzt werden. Die Dringlichkeit ist in der Einladung zu begründen.
- (4) Die Gemeindevertretung kann formlos unter Verzicht auf die Einhaltung der Ladungsfrist, unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes und Begründung der Eilbedürftigkeit, einberufen werden, wenn sonst zur Abwehr einer Gefahr oder eines erheblichen Nachteils eine Eilentscheidung nach § 58 BbgKVerf getroffen werden müsste.
- (5) Wenn es die Geschäftslage erfordert, kann eine zusätzliche Gemeindevertretung einberufen werden, die sich auf einen begrenzten Sachverhalt konzentriert.

§ 3

Tagesordnung der Gemeindevertretung

- (1) In der Tagesordnung sind die Beratungsgegenstände aufzunehmen, die gemäß § 35 Abs. 1 Satz 2 BbgKVerf von

§ 2

Einberufung der Gemeindevertretung

- (1) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung beruft mindestens alle drei Monate eine Sitzung der Gemeindevertretung ein. § 34 Abs. 2 BbgKVerf bleibt hiervon unberührt. Die Ladung muss den Mitgliedern mindestens sieben volle Tage vor dem Sitzungstag, der Tag der Absendung nicht mitgerechnet, zugehen. **Die Ladefrist gilt als gewahrt, wenn die Ladung am 9. Tag vor der Sitzung zur Post gegeben worden ist oder auf den Internetseiten der Gemeinde Am Mellensee und dem Link – Ratsinformationssystem bereitgestellt wurde.**
- (2) Der schriftlichen **oder der elektronischen Ladung** sind außer der Tagesordnung etwaige Vorlagen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten und die Sitzungsniederschrift der letzten Sitzung beizufügen. Vorlagen können in Ausnahmefällen auch nachgereicht werden.
- (3) In besonders dringenden Fällen kann die Ladungsfrist auf drei Tage vor dem Sitzungstag abgekürzt werden. Die Dringlichkeit ist in der Einladung zu begründen.
- (4) Die Gemeindevertretung kann formlos unter Verzicht auf die Einhaltung der Ladungsfrist, unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes und Begründung der Eilbedürftigkeit, einberufen werden, wenn sonst zur Abwehr einer Gefahr oder eines erheblichen Nachteils eine Eilentscheidung nach § 58 BbgKVerf getroffen werden müsste.
- (5) Wenn es die Geschäftslage erfordert, kann eine zusätzliche Gemeindevertretung einberufen werden, die sich auf einen begrenzten Sachverhalt konzentriert.

§ 3

Tagesordnung der Gemeindevertretung

- (1) In der Tagesordnung sind die Beratungsgegenstände aufzunehmen, die gemäß § 35 Abs. 1 Satz 2 BbgKVerf von mindestens einem

mindestens einem Zehntel der gesetzlichen Anzahl der Gemeindevertreter oder einer Fraktion und die mindestens bis zum Ablauf des 3. Tages vor Beginn der Ladungsfrist nach § 2 Abs. 1 die Geschäftsordnung dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung oder der Verwaltung schriftlich vorgelegt worden sind. Bei Nichteinhaltung der Frist sind die Vorschläge in die Tagesordnung der folgenden Sitzung aufzunehmen. Anträge, die Ausgaben verursachen oder vorgesehene Einnahmen mindern, müssen zugleich Deckungsvorschläge enthalten.

- (2) Die Gemeindevertretung kann vor Abstimmung über die Tagesordnungspunkte diese in der Reihenfolge ändern, mit verwandten Punkten verbinden, von der Tagesordnung mit Einverständnis des Einreichers auf einen anderen Sitzungstag verweisen oder Tagesordnungspunkte neu aufnehmen, wenn es sich um Angelegenheiten handelt, die keinen Aufschub dulden.

§ 4 Zuhörer

- (1) An den Sitzungen der Gemeindevertretung können Zuhörer nach Maßgabe der vorhandenen Plätze teilnehmen.
- (2) Zuhörer sind nicht berechtigt, das Wort zu ergreifen oder sich an den Beratungen zu beteiligen. Sie dürfen auch die Beratung nicht stören und keine Zeichen des Beifalls oder Missfallens geben. Zuhörer, welche die Ordnung stören, können vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung aus dem Sitzungssaal gewiesen werden.

§ 5 Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung

Anfragen der Gemeindevertreter, sollen in der Sitzung der Ge-

Zehntel der gesetzlichen Anzahl der Gemeindevertreter oder einer Fraktion und die mindestens bis zum Ablauf des 3. Tages vor Beginn der Ladungsfrist nach § 2 Abs. 1 die Geschäftsordnung dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung oder der Verwaltung schriftlich vorgelegt worden sind. Bei Nichteinhaltung der Frist sind die Vorschläge in die Tagesordnung der folgenden Sitzung aufzunehmen. Anträge, die Ausgaben verursachen oder vorgesehene Einnahmen mindern, müssen zugleich Deckungsvorschläge enthalten.

- (2) Die Gemeindevertretung kann vor Abstimmung über die Tagesordnungspunkte diese in der Reihenfolge ändern, mit verwandten Punkten verbinden, von der Tagesordnung mit Einverständnis des Einreichers auf einen anderen Sitzungstag verweisen oder Tagesordnungspunkte neu aufnehmen, wenn es sich um Angelegenheiten handelt, die keinen Aufschub dulden.

§ 4 Zuhörer

- (1) An den Sitzungen der Gemeindevertretung können Zuhörer nach Maßgabe der vorhandenen Plätze teilnehmen.
- (2) Zuhörer sind nicht berechtigt, das Wort zu ergreifen oder sich an den Beratungen zu beteiligen. Sie dürfen auch die Beratung nicht stören und keine Zeichen des Beifalls oder Missfallens geben. Zuhörer, welche die Ordnung stören, können vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung aus dem Sitzungssaal gewiesen werden.

§ 5 Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung

Anfragen der Gemeindevertreter, sollen in der Sitzung der Gemeindevertre-

meindevertretung beantwortet werden. Der Anfragende kann eine Zusatzfrage stellen. Ist die Beantwortung wegen der Kürze der Zeit nicht möglich, ist die Anfrage in der folgenden Sitzung zu beantworten, sofern dies zwischenzeitlich nicht schriftlich erfolgt ist.

§ 6

Sitzungsablauf, Hausrecht und Öffentlichkeit

- (1) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung eröffnet, leitet und schließt die Sitzungen der Gemeindevertretung. In den Sitzungen handhabt er die Ordnung und übt das Hausrecht, gemäß § 37 Abs. 2 BbgKVerf, aus. Im Falle seiner Verhinderung tritt sein Vertreter an seine Stelle.
- (2) Die Sitzungen der Gemeindevertretung sind grundsätzlich in folgender Reihenfolge durchzuführen:

Öffentlicher Teil

- a) Eröffnung der Sitzung
- b) Änderungsanträge zur Tagesordnung
- c) Einwohnerfragestunde
- d) Einwendungen zur Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung
- e) Bericht des Bürgermeister
- f) Abwicklung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung
- g) Behandlung der Anfragen von Mitgliedern der Gemeindevertretung

Nichtöffentlicher Teil

- a) Änderungsanträge zur Tagesordnung
- b) Einwendungen zur Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung
- c) Abwicklung der Tagesordnungspunkte des nicht öffentlichen Teils der Sitzung

tung beantwortet werden. Der Anfragende kann eine Zusatzfrage stellen. Ist die Beantwortung wegen der Kürze der Zeit nicht möglich, ist die Anfrage in der folgenden Sitzung zu beantworten, sofern dies zwischenzeitlich nicht schriftlich erfolgt ist.

§ 6

Sitzungsablauf, Hausrecht und Öffentlichkeit

- (1) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung eröffnet, leitet und schließt die Sitzungen der Gemeindevertretung. In den Sitzungen handhabt er die Ordnung und übt das Hausrecht, gemäß § 37 Abs. 2 BbgKVerf, aus. Im Falle seiner Verhinderung tritt sein Vertreter an seine Stelle.
- (2) Die Sitzungen der Gemeindevertretung sind grundsätzlich in folgender Reihenfolge durchzuführen:

Öffentlicher Teil

- f) Eröffnung der Sitzung
- g) Änderungsanträge zur Tagesordnung
- c) Einwendungen zur Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung
- d) Bericht des Bürgermeister
- e) Bericht aus der KMS-Sitzung
- f) Einwohnerfragestunde
- f) Abwicklung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung
- g) Behandlung der Anfragen von Mitgliedern der Gemeindevertretung

Nichtöffentlicher Teil

- a) Änderungsanträge zur Tagesordnung
- b) Einwendungen zur Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung
- c) Abwicklung der Tagesordnungspunkte des nicht öffentlichen Teils der Sitzung

- d) Schließung der Sitzung
- (3) Ton- und Bildübertragungen sowie Ton- und Bildaufzeichnungen sind im öffentlichen Teil nur zulässig, wenn alle anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung zustimmen. Dies gilt auch für Ton- und Bildübertragungen sowie Ton- und Bildaufzeichnungen durch Presse, Rundfunk und ähnliche Medien. Im nichtöffentlichen Teil sind sie unzulässig. § 42 Abs. 2 S. 2 BbgKVerf bleibt unberührt.

§ 7

Unterbrechung und Vertagung der Gemeindevertretersitzung

- (1) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung kann die Sitzung der Gemeindevertretung unterbrechen. Auf Antrag von einem Drittel seiner Mitglieder oder einer Fraktion muss er die Sitzung unterbrechen. Bei einer weiteren Unterbrechung ist für den Antrag die Mehrheit aller anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung erforderlich. Die Unterbrechung soll nicht länger als 15 Minuten dauern.
- (2) Die Gemeindevertretung kann die Tagesordnungspunkte
- a) durch die Entscheidung in der Sache abschließen,
 - b) verweisen oder ihre Beratung vertagen,
 - c) die Beratung oder Entscheidung über Tagesordnungspunkte einem besonderen Ausschuss übertragen.
- (3) Über Anträge nach Abs. 1 Satz 2 ist sofort abzustimmen. Der Antrag auf Entscheidung in der Sache geht bei der Abstimmung dem Verweisungsantrag, dieser dem Vertagungsantrag vor. Wird einem Antrag stattgegeben, sind die bei der Antragstellung vorliegenden Wortmeldungen noch zuzulassen.
- (4) Jeder Antragsteller kann bei demselben Punkt der Tages-

- d) Schließung der Sitzung
- (3) Ton- und Bildübertragungen sowie Ton- und Bildaufzeichnungen sind im öffentlichen Teil nur zulässig, wenn alle anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung zustimmen. Dies gilt auch für Ton- und Bildübertragungen sowie Ton- und Bildaufzeichnungen durch Presse, Rundfunk und ähnliche Medien. Im nichtöffentlichen Teil sind sie unzulässig. § 42 Abs. 2 S. 2 BbgKVerf bleibt unberührt.

§ 7

Unterbrechung und Vertagung der Gemeindevertretersitzung

- (1) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung kann die Sitzung der Gemeindevertretung unterbrechen. Auf Antrag von einem Drittel seiner Mitglieder oder einer Fraktion muss er die Sitzung unterbrechen. Bei einer weiteren Unterbrechung ist für den Antrag die Mehrheit aller anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung erforderlich. Die Unterbrechung soll nicht länger als 15 Minuten dauern.
- (2) Die Gemeindevertretung kann die Tagesordnungspunkte
- d) durch die Entscheidung in der Sache abschließen,
 - e) verweisen oder ihre Beratung vertagen,
 - f) die Beratung oder Entscheidung über Tagesordnungspunkte einem besonderen Ausschuss übertragen.
- (3) Über Anträge nach Abs. 1 Satz 2 ist sofort abzustimmen. Der Antrag auf Entscheidung in der Sache geht bei der Abstimmung dem Verweisungsantrag, dieser dem Vertagungsantrag vor. Wird einem Antrag stattgegeben, sind die bei der Antragstellung vorliegenden Wortmeldungen noch zuzulassen.
- (4) Jeder Antragsteller kann bei demselben Punkt der Tagesordnung nur

ordnung nur einen Verweisungs- und einen Schlussertrag stellen.

- (5) Nach 2,5 Stunden Sitzungszeit werden keine weiteren Tagesordnungspunkte aufgerufen. Der in der Beratung befindliche Tagesordnungspunkt wird abschließend behandelt. Danach ist die Sitzung zu schließen. Der Rest der Tagesordnungspunkte ist in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung an der vorderen Stelle auf die Tagesordnung zu setzen.

§ 8

Redeordnung

- (1) Reden darf nur, wer vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung das Wort erhalten hat. Wortmeldungen erfolgen durch Handzeichen.
- (2) Der Vorsitzende erteilt das Wort nach der Reihenfolge der Wortmeldungen, soweit nicht mit Zustimmung des Redeberechtigten hiervon abgewichen wird. Das Wort zur Geschäftsordnung ist jederzeit zu erteilen und darf sich nur auf den in der Beratung befindlichen Tagesordnungspunkt beziehen. Es darf dadurch kein Sprecher unterbrochen werden.
- (3) Das Wort zur persönlichen Bemerkung ist erst nach Schluss der Beratung zu erteilen. Persönliche Bemerkungen dürfen nur eigene Ausführungen richtig stellen und persönliche Angriffe, die während der Beratung gegen die Sprecher erfolgen, abwehren. Die Redezeit beträgt höchstens 5 Minuten.
- (4) Dem Bürgermeister ist auch außerhalb der Reihe der Wortmeldungen jederzeit das Wort zu erteilen.
- (5) Will sich der Vorsitzende an der Beratung beteiligen, hat er für die Dauer seiner Rede die Verhandlungsleitung seinem Stellvertreter zu übergeben.

einen Verweisungs- und einen Schlussertrag stellen.

- (5) Nach 2,5 Stunden Sitzungszeit werden keine weiteren Tagesordnungspunkte aufgerufen. Der in der Beratung befindliche Tagesordnungspunkt wird abschließend behandelt. Danach ist die Sitzung zu schließen. Der Rest der Tagesordnungspunkte ist in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung an der vorderen Stelle auf die Tagesordnung zu setzen.

§ 8

Redeordnung

- (1) Reden darf nur, wer vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung das Wort erhalten hat. Wortmeldungen erfolgen durch Handzeichen.
- (2) Der Vorsitzende erteilt das Wort nach der Reihenfolge der Wortmeldungen, soweit nicht mit Zustimmung des Redeberechtigten hiervon abgewichen wird. Das Wort zur Geschäftsordnung ist jederzeit zu erteilen und darf sich nur auf den in der Beratung befindlichen Tagesordnungspunkt beziehen. Es darf dadurch kein Sprecher unterbrochen werden.
- (3) Das Wort zur persönlichen Bemerkung ist erst nach Schluss der Beratung zu erteilen. Persönliche Bemerkungen dürfen nur eigene Ausführungen richtig stellen und persönliche Angriffe, die während der Beratung gegen die Sprecher erfolgen, abwehren. Die Redezeit beträgt höchstens 5 Minuten.
- (4) Dem Bürgermeister ist auch außerhalb der Reihe der Wortmeldungen jederzeit das Wort zu erteilen.
- (5) Will sich der Vorsitzende an der Beratung beteiligen, hat er für die Dauer seiner Rede die Verhandlungsleitung seinem Stellvertreter zu übergeben.

§ 9
Sitzungsleitung

- (1) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung kann Redner, die vom Verhandlungsgegenstand abweichen, zur Sache rufen.
- (2) Ist ein Gemeindevertreter in einer Sitzung drei Mal zur Sache gerufen worden, so muss ihm der Vorsitzende das Wort entziehen und darf es ihm in derselben Aussprache zum selben Gegenstand nicht wieder erteilen.
- (3) Ist ein Gemeindevertreter in einer Sitzung der Gemeindevertretung drei Mal zur Ordnung gerufen worden, kann ihm der Vorsitzende für die Dauer der Sitzung das Wort entziehen oder ihn des Raumes verweisen.

§ 10
Beschlüsse

- (1) Beschlüsse kommen durch Abstimmung oder Wahlen zustande. Grundsätzlich wird offen durch Handzeichen abgestimmt. Auf Antrag von mindestens 51 vom Hundert der anwesenden Mitgliedern der der Gemeindevertretung ist namentlich abzustimmen.
Auf Verlangen ist vor jeder Abstimmung der Antrag zu verlesen. Bei der Abstimmung stellt der Vorsitzende der Gemeindevertretung die Anzahl der Mitglieder fest, sowie die
 - a) mit „Ja“ lautenden Stimmen,
 - und
 - b) die mit „Nein“ lautenden Stimmen.Wird das Abstimmungsergebnis sofort nach der Abstimmung angezweifelt, so muss die Abstimmung vor Behandlung des nächsten Tagesordnungspunktes wiederholt werden.

§ 9
Sitzungsleitung

- (1) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung kann Redner, die vom Verhandlungsgegenstand abweichen, zur Sache rufen.
- (2) Ist ein Gemeindevertreter in einer Sitzung drei Mal zur Sache gerufen worden, so muss ihm der Vorsitzende das Wort entziehen und darf es ihm in derselben Aussprache zum selben Gegenstand nicht wieder erteilen.
- (3) Ist ein Gemeindevertreter in einer Sitzung der Gemeindevertretung drei Mal zur Ordnung gerufen worden, kann ihm der Vorsitzende für die Dauer der Sitzung das Wort entziehen oder ihn des Raumes verweisen.

§ 10
Beschlüsse

- (1) Beschlüsse kommen durch Abstimmung oder Wahlen zustande. Grundsätzlich wird offen durch Handzeichen abgestimmt. **Auf Antrag von mindestens drei Mitgliedern der Gemeindevertreter oder einer Fraktion ist namentlich abzustimmen.**
Auf Verlangen ist vor jeder Abstimmung der Antrag zu verlesen. Bei der Abstimmung stellt der Vorsitzende der Gemeindevertretung die Anzahl der Mitglieder fest, sowie die
 - c) mit „Ja“ lautenden Stimmen,
 - und
 - d) die mit „Nein“ lautenden Stimmen.Wird das Abstimmungsergebnis sofort nach der Abstimmung angezweifelt, so muss die Abstimmung vor Behandlung des nächsten Tagesordnungspunktes wiederholt werden.

- (2) Liegen zu dem Tagesordnungspunkt Änderungs- und Ergänzungsanträge vor, wird zuerst über den abgestimmt, der von dem Antrag der Sitzungsvorlage am weitesten abweicht. Bei Änderungs- und Ergänzungsanträgen mit finanziellen Auswirkungen hat der den Vorrang, der Mehrausgaben oder Mindereinnahmen bewirkt. In Zweifelsfällen entscheidet der Vorsitzende der Gemeindevertretung.
- (3) Auf Grund eines Antrages, der mit Stimmenmehrheit angenommen wurde, ist über einzelne Teile der Vorlage bzw. des Antrages gesondert abzustimmen. Über die Vorlage bzw. den Antrag ist dann insgesamt zu beschließen.
- (4) Anträge zur Geschäftsordnung haben jederzeit den Vorrang und müssen vor Sachanträgen erledigt werden.

§ 11

Einzelwahlen/Gremienwahlen

- (1) Zur Vorbereitung und Durchführung von Wahlen wird aus der Mitte der Gemeindevertretung ein Wahlausschuss, von mindestens 3 Mitgliedern der Gemeindevertretung, gebildet.
- (2) Es sind äußerlich gleiche Stimmzettel zu verwenden. Werden keine Umschläge verwendet, so sind die Stimmzettel zu falten.
- (3) Die Stimmzettel sind so vorzubereiten, dass sie nur noch mit einem Kreuz mit dem-selben Schreibgerät zu kennzeichnen sind. Bei weiterer Beschriftung, Gestaltung und fehlender Kennzeichnung des Stimmzettels ist die Stimme ungültig.
- (4) Die Stimmabgabe hat in einer Wahlkabine oder räumlich so abgegrenzt zu erfolgen, dass das Wahlgeheimnis gewahrt ist. Einheitliches Schreibgerät ist zu verwenden.
- (5) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung gibt das vom

- (2) Liegen zu dem Tagesordnungspunkt Änderungs- und Ergänzungsanträge vor, wird zuerst über den abgestimmt, der von dem Antrag der Sitzungsvorlage am weitesten abweicht. Bei Änderungs- und Ergänzungsanträgen mit finanziellen Auswirkungen hat der den Vorrang, der Mehrausgaben oder Mindereinnahmen bewirkt. In Zweifelsfällen entscheidet der Vorsitzende der Gemeindevertretung.
- (3) Auf Grund eines Antrages, der mit Stimmenmehrheit angenommen wurde, ist über einzelne Teile der Vorlage bzw. des Antrages gesondert abzustimmen. Über die Vorlage bzw. den Antrag ist dann insgesamt zu beschließen.
- (4) Anträge zur Geschäftsordnung haben jederzeit den Vorrang und müssen vor Sachanträgen erledigt werden.

§ 11

Einzelwahlen/Gremienwahlen

- (1) Zur Vorbereitung und Durchführung von Wahlen wird aus der Mitte der Gemeindevertretung ein Wahlausschuss, von mindestens 3 Mitgliedern der Gemeindevertretung, gebildet.
- (2) Es sind äußerlich gleiche Stimmzettel zu verwenden. Werden keine Umschläge verwendet, so sind die Stimmzettel zu falten.
- (3) Die Stimmzettel sind so vorzubereiten, dass sie nur noch mit einem Kreuz mit dem-selben Schreibgerät zu kennzeichnen sind. Bei weiterer Beschriftung, Gestaltung und fehlender Kennzeichnung des Stimmzettels ist die Stimme ungültig.
- (4) Die Stimmabgabe hat in einer Wahlkabine oder räumlich so abgegrenzt zu erfolgen, dass das Wahlgeheimnis gewahrt ist. Einheitliches Schreibgerät ist zu verwenden.
- (5) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung gibt das vom Wahlausschuss

- Wahlausschuss festgestellte Ergebnis der Wahl bekannt.
- (6) Es können Einzelwahlen gemäß § 40 oder Gremienwahlen gemäß § 41 BbgKVerf durchgeführt werden.
- (7) Ist ein Losentscheid erforderlich, wird diese, wenn nicht durch die Gemeindevertretung anders bestimmt, vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung vollzogen.

§ 12 Niederschriften

- (1) Der Bürgermeister ist für die Anfertigung der Niederschrift verantwortlich. Er bestimmt den Protokollführer.
- (2) Die Sitzungsniederschrift muss enthalten:
- a) Ort, Tag, Beginn und Ende der Sitzung
 - b).Namen der anwesenden und fehlenden Mitglieder der Gemeindevertretung
 - c).Name der anwesenden Verwaltungsvertreter und anderer zugelassener Personen
 - c) Anfragen
 - d) Tagesordnung
 - e) Wortlaut der Anträge mit Namen der Antragsteller, dem wesentlichen Inhalt der Beratung, die Beschlüsse und Ergebnisse der Abstimmungen und Wahlen
 - k).Ausschluss und Wiederherstellung der Öffentlichkeit
 - f) Sonstige wesentliche Inhalte der Sitzung zu protokollieren.
- (3) Einwendungen gegen die Sitzungsniederschrift sind schriftlich bis zum Beginn der nächsten Sitzung beim Bürgermeister geltend zu machen.
- (4) Soweit im Einzelfall aus Gründen des öffentlichen Wohls oder zur Wahrung von Rechten Dritter etwas anderes beschlossen wird, wird die Öffentlichkeit über den wesentlichen Inhalt der Beschlüsse der Gemeindevertretung unterrichtet. Diese erfolgt durch die Aushängung der Nieder-

- festgestellte Ergebnis der Wahl bekannt.
- (6) Es können Einzelwahlen gemäß § 40 oder Gremienwahlen gemäß § 41 BbgKVerf durchgeführt werden.
- (7) Ist ein Losentscheid erforderlich, wird diese, wenn nicht durch die Gemeindevertretung anders bestimmt, vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung vollzogen.

§ 12 Niederschriften

- (1) Der Bürgermeister ist für die Anfertigung der Niederschrift verantwortlich. Er bestimmt den Protokollführer.
- (2) Die Sitzungsniederschrift muss enthalten:
- a) Tag, Beginn und Ende der Sitzung
 - b) Namen der anwesenden und fehlenden Mitglieder der Gemeindevertretung
 - c) Name der anwesenden Verwaltungsvertreter und anderer zugelassener Personen
 - d) Anfragen
 - e) Tagesordnung
 - f) Wortlaut der Anträge mit Namen der Antragsteller, dem wesentlichen Inhalt der Beratung, die Beschlüsse und Ergebnisse der Abstimmungen und Wahlen
 - g) Ausschluss und Wiederherstellung der Öffentlichkeit
 - h) Sonstige wesentliche Inhalte der Sitzung zu protokollieren.
- (3) Einwendungen gegen die Sitzungsniederschrift sind schriftlich bis zum Beginn der nächsten Sitzung beim Bürgermeister geltend zu machen.
- (4) Soweit im Einzelfall aus Gründen des öffentlichen Wohls oder zur Wahrung von Rechten Dritter etwas anderes beschlossen wird, wird die Öffentlichkeit über den wesentlichen Inhalt der Beschlüsse der Gemeindevertretung unterrichtet. Diese erfolgt durch die Aushängung der Niederschrift, welches in den in § 15 Abs. 5 der Hauptsatzung vom

schrift, welches in den in § 15 Abs. 5 der Hauptsatzung vom 18.02.2009 aufgeführten Bekanntmachungskästen ausgehängt wird.

§ 13 Fraktionen

- (1) Die Fraktionen haben dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung von ihrer Bildung schriftlich Kenntnis geben. Die Mitteilung muss die genaue Bezeichnung der Fraktion, den Namen des Fraktionsvorsitzenden sowie aller der Fraktion angehörenden Mitglieder der Gemeindevertretung enthalten. Veränderungen sind dem Vorsitzenden schriftlich und zeitnah mitzuteilen. Ihre innere Ordnung muss demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechen.
- (2) Fraktionslose Gemeindevertreter können einer Fraktion mit deren Zustimmung beitreten.
- (3) Die Fraktionsvorsitzenden haben dafür Sorge zu tragen, das auch ihre Gäste solche Angelegenheiten verschwiegen behandeln, deren Geheimhaltung ihrer Natur nach erforderlich, besonders vorgeschrieben oder von der Gemeindevertretung beschlossen worden sind.

§ 14 Anträge und Abweichungen von der Geschäftsordnung

- (1) Anträge zur Geschäftsordnung können durch Heben beider Hände jederzeit gestellt werden und haben Priorität vor anderen Wortmeldungen.
- (2) Anträge zur Geschäftsordnung bedürfen keiner Begründung. Bei ausdrücklichem Widerspruch können ein Redner dafür und ein Redner dagegen sprechen. Die Redezeit darf jeweils zwei Minuten nicht überschreiten. Dann ist

18.02.2009 aufgeführten Bekanntmachungskästen ausgehängt wird.

§ 13 Fraktionen

- (1) Die Fraktionen haben dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung von ihrer Bildung schriftlich Kenntnis geben. Die Mitteilung muss die genaue Bezeichnung der Fraktion, den Namen des Fraktionsvorsitzenden sowie aller der Fraktion angehörenden Mitglieder der Gemeindevertretung enthalten. Veränderungen sind dem Vorsitzenden schriftlich und zeitnah mitzuteilen. Ihre innere Ordnung muss demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechen.
- (2) Fraktionslose Gemeindevertreter können einer Fraktion mit deren Zustimmung beitreten.
- (3) Die Fraktionsvorsitzenden haben dafür Sorge zu tragen, **dass** auch ihre Gäste solche Angelegenheiten verschwiegen behandeln, deren Geheimhaltung ihrer Natur nach erforderlich, besonders vorgeschrieben oder von der Gemeindevertretung beschlossen worden sind.

§ 14 Anträge und Abweichungen von der Geschäftsordnung

- (1) Anträge zur Geschäftsordnung können durch Heben beider Hände jederzeit gestellt werden und haben Priorität vor anderen Wortmeldungen.
- (2) Anträge zur Geschäftsordnung bedürfen keiner Begründung. Bei ausdrücklichem Widerspruch können ein Redner dafür und ein Redner dagegen sprechen. Die Redezeit darf jeweils zwei Minuten nicht überschreiten. Dann ist darüber abzustimmen.

- darüber abzustimmen.
- (3) Die Gemeindevertretung kann für den Einzelfall Abweichungen von der Geschäftsordnung mit der Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder der Gemeindevertretung beschließen sofern die BbgKVerf dies zulässt.
- (4) Treten während einer Sitzung der Gemeindevertretung Zweifel über die Auslegung der Geschäftsordnung auf, entscheidet die Gemeindevertretung mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder.

Zweiter Abschnitt

Ausschüsse der Gemeindevertretung

§ 15

Ständige Ausschüsse

- (1) Für das Verfahren in den Ausschüssen finden die Bestimmungen des §§ 43 und 44 BbgKVerf und des ersten Abschnittes dieser Geschäftsordnung sinngemäß Anwendung, soweit nicht in folgenden Absätzen eine andere Regelung getroffen wird.
- (2) Empfehlungen können in den Ausschüssen nur gefasst werden, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.

§ 16

Hauptausschuss

Für Geschäftsgang und Verfahren des Hauptausschusses gelten die Vorschriften des ersten Abschnittes dieser Geschäftsordnung in Verbindung mit §§ 49 und 50 BbgKVerf entsprechend, soweit nicht in den folgenden Absätzen eine andere Regelung getroffen wird.

- (3) Die Gemeindevertretung kann für den Einzelfall Abweichungen von der Geschäftsordnung mit der Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder der Gemeindevertretung beschließen sofern die BbgKVerf dies zulässt.
- (4) Treten während einer Sitzung der Gemeindevertretung Zweifel über die Auslegung der Geschäftsordnung auf, entscheidet die Gemeindevertretung mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder.

Zweiter Abschnitt

Ausschüsse der Gemeindevertretung

§ 15

Ständige Ausschüsse

- (1) Für das Verfahren in den Ausschüssen finden die Bestimmungen des §§ 43 und 44 BbgKVerf und des ersten Abschnittes dieser Geschäftsordnung sinngemäß Anwendung, soweit nicht in folgenden Absätzen eine andere Regelung getroffen wird.
- (2) Empfehlungen können in den Ausschüssen nur gefasst werden, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.

§ 16

Hauptausschuss

Für Geschäftsgang und Verfahren des Hauptausschusses gelten die Vorschriften des ersten Abschnittes dieser Geschäftsordnung in Verbindung mit §§ 49 und 50 BbgKVerf entsprechend, soweit nicht in den folgenden Absätzen eine andere Regelung getroffen wird.

Dritter Abschnitt

Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften, Ortsbeiräte, Ortsvorsteher

§ 17

Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften

Die Bestimmungen des ersten Abschnitts sind sinngemäß auch auf solche Ausschüsse der Gemeinde anzuwenden, die auf besondere Rechtsvorschriften beruhen, soweit diese Vorschriften nichts anderes bestimmen.

§ 18

Ortsbeiräte/ Ortsvorsteher

- (1) Auf das Verfahren der Ortsbeiräte und der Ausschüsse finden die Bestimmungen der BbgKVerf und dieser Geschäftsordnung sinngemäß Anwendung. Die Regelungen des § 12 Abs. 1 über die Zuständigkeit für die Anfertigung der Niederschrift finden für die Ortsbeiräte keine Anwendung.
Der Ortsvorsteher ist für die Erstellung der Niederschrift zuständig.
- (2) Jeder Ortsvorsteher ist zu allen öffentlichen oder nichtöffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung und ihrer Ausschüsse zu laden, in denen Gegenstände behandelt werden, die Belange seines Ortsteils berühren.

Dritter Abschnitt

Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften, Ortsbeiräte, Ortsvorsteher

§ 17

Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften

Die Bestimmungen des ersten Abschnitts sind sinngemäß auch auf solche Ausschüsse der Gemeinde anzuwenden, die auf besondere Rechtsvorschriften beruhen, soweit diese Vorschriften nichts anderes bestimmen.

§ 18

Ortsbeiräte/ Ortsvorsteher

- (1) Auf das Verfahren der Ortsbeiräte und der Ausschüsse finden die Bestimmungen der BbgKVerf und dieser Geschäftsordnung sinngemäß Anwendung. Die Regelungen des § 12 Abs. 1 über die Zuständigkeit für die Anfertigung der Niederschrift finden für die Ortsbeiräte keine Anwendung.
Der Ortsvorsteher ist für die Erstellung der Niederschrift zuständig.
- (2) Jeder Ortsvorsteher ist zu allen öffentlichen oder nichtöffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung und ihrer Ausschüsse zu laden, in denen Gegenstände behandelt werden, die Belange seines Ortsteils betreffen.

Vierter Abschnitt
Schlussbestimmungen

§ 19
In-Kraft-Treten

Die Geschäftsordnung tritt mit dem Tage nach der Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Geschäftsordnung vom 18.12.2003 außer Kraft.

Am Mellensee, 19.02.2009

Broshog
Bürgermeister

Vierter Abschnitt
Schlussbestimmungen

§ 19
In-Kraft-Treten

Die Geschäftsordnung tritt mit dem Tage nach der Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Geschäftsordnung vom mit den Änderungen außer Kraft.

Am Mellensee,

Broshog
Bürgermeister